

Der 1. Mai

Eine kleine tabellarische Geschichte

"Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt..."
Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt...



PROLOG ZUM 1. MAI

Heute ist Feiertag
Tag der Arbeit
Wer heute arbeiten muß
kriegt Zuschläge
tarifvertraglich erkämpft
weil er nicht
feiern kann

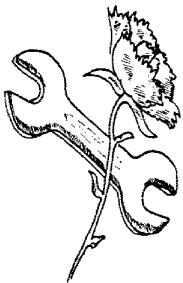
Was feiern wir eigentlich
Gedenken wir der gekämpften
Kämpfe
Oder feiern wir
daß es uns noch gibt
in den
Betriebsräten
Personalräten
Aufsichtsräten
Prüfungsausschüssen
Beratungsgremien

Die anderen
werden heute sagen
wie wichtig wir ihnen sind
Was täten sie auch
ohne uns
Aber wir
werden nicht sagen
daß wir ohne sie
all das tun könnten
woran sie uns hindern
Demokratie zum Beispiel

Sozialpartnerschaft heißt das

was uns hindert
zu sagen
daß man mit Führern
Betriebsführern
und sonstigen
keine Demokratie machen kann

Heute
gedenken wir
der alten Kämpfe
gegen sie
Morgen
werden wir ihnen
wieder gegenüber sitzen
Friedlich
schiedlich
Wir werden sie allenfalls
mit Resolutionen
bekämpfen
weil Schlips und Revolution
nicht zusammenpassen
Wenn wir uns die gekämpften
Kämpfe
nicht für die Zukunft neu
vorstellen können
werden wir neben zahlreichen
Sozialplänen in den Betrieben
auch bald einen für die
Arbeiterbewegung
abschließen müssen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Knut Becker hat den „Nagel“ - wie wir Schwaben sagen - „auf den Kopf getroffen“.

Sein PROLOG ZUM 1. MAI ist eine treffende Analyse des Feiertags der Arbeit.

Landauf und landab werden die Mai-Veranstaltungen ihrem Ursprung und den politischen Wurzeln nicht mehr gerecht.

Welche Ziele will denn die Arbeiterbewegung heute mit dem 1. Mai verfolgen?

Diese kleine tabellarische Geschichte zum 1. Mai soll den Sinn des 1. Mai und seine Geschichte bewußter machen.

Die Idee dieser Zusammenstellung kommt nicht von mir.

Verschiedene VOITH-Kollegen, insbesondere Karl Meyer, in der Firma VOITH-Hydro Betriebsratsvorsitzender, sprach die Bitte aus, eine Argumentationshilfe für die VOITHianerinnen und

VOITHianer zu gestalten. Seine Feststellung war: die Beschäftigten sind sehr schwer zu der 1. Mai Kundgebung des DGB mobil zu machen.

Hier ist die Zusammenstellung.

Zu hoffen bleibt, daß diese Information hilfreich ist, das Anliegen, den 1. Mai für alle Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie für alle Angestellten ins Leben zurück zu holen.

Mit kollegialer Empfehlung
1. Mai 2001

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zum Mai 2008 habe ich die Broschüre leicht überarbeitet.

Im Bewußtsein der Beschäftigten hat sich in den Betrieben, so wie es die Absicht von K. Meyer war, nichts verändert. Im Gegenteil, die politische Einsicht, seine eigenen Interessen gemeinsam mit den Gewerkschaften in die Hand zu nehmen, hat sich eher verschlechtert. Die Frage bleibt: Für welche gesellschaftlichen Ziele kämpft die Gewerkschaft? Hat ihr sozialistischer Satzungsgrundsatz noch bestand?

Impressum:

Zusammengestellt u. verantwortlich Ulrich Huber unter Verwendung verschiedener Dokumentationen
Gedacht als Hilfe für die betriebliche Diskussion und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Zur Vorgeschichte des 1. Mai

Als die amerikanischen Arbeiter den 1. Mai zum >Acht-Stunden-Tag< erklärten, so entsprach das der weit in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zurückreichenden Tradition, einen bestimmten Tag im Jahr für den Kampf um dieses Ziel auszuwählen.

So z. B. hatten die Arbeiter von Manchester durch eine langanhaltende Agitation den 1. März 1834 zu einem Streiktag bestimmt. Seit 1856 feierten die Arbeiter der britischen Kolonie Viktoria in Australien jährlich am 21. April ihren Sieg im Kampf um den Achtstundentag.

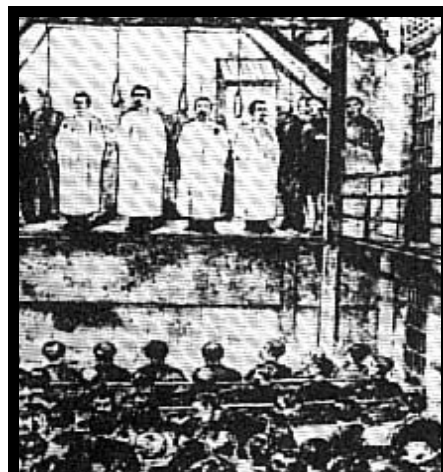
In den USA war es seit 1887 der erste Montag im September, der bereits 1885 von der Zentrallaborunion als sog. Labor-Day, als Tag der Arbeitsruhe von den Arbeitern begangen wurde. Hinzu kommt, daß in den USA der 1. Mai, als sog. Moving Day, der Stichtag für die Aufhebung oder den Abschluß von Verträgen für Wohnungswechsel oder Übersiedlungen staatlich festgesetzt war.

Die organisierte amerikanische Arbeiterschaft forderte zu diesem 1. Mai, dem Moving Day, daß in die Arbeitsverträge der Achtstundentag verbindlich aufgenommen werde.

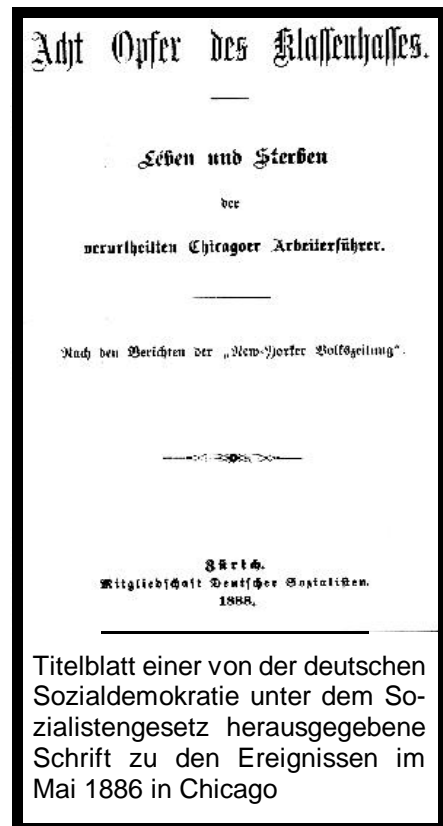
Am 1. Mai 1886 begann in den USA in den bedeutenden Industriestädten ein mehrtägiger Generalstreik. Dieser Generalstreik reichte in seiner Bedeutung weit über die USA hinaus.

Mit der Forderung nach dem Achtstundentag war eine zentrale Forderung der internationalen Arbeiterbewegung erfüllt worden.

Karl Marx formulierte im ersten Band des „Kapitals“ unter „7. Der Kampf um den Normalarbeitstag“ folgendermaßen: Es gelte: >>An die Stelle des prunkvollen Katalogs der unveräußerlichen Menschenrechte tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, der endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt<<. Eine heute noch gültige Beschreibung.



Opfer eines Justizmordes:
Hinrichtung der Haymarket-Martyrer
am 11. November 1887



Titelblatt einer von der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz herausgegebene Schrift zu den Ereignissen im Mai 1886 in Chicago



Erbitterte Gegenangriffe

Erbitterte, mit äußerster Brutalität geführte Gegenangriffe der Unternehmer fanden statt. Schauplatz besonders heftiger Klassenaußeninandersetzungen war Chicago.

Am 3. Mai 1886 kam es zwischen den Streikenden einer Nähmaschinenfabrik und bezahlten Streikbrechern zu einem Zusammenstoß. Die Polizei ging mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vor. Sechs Streikende wurden im Kugelhagel getötet. Ab dem 4. Mai 1886 fanden auf dem Heumarkt von Chicago Protestveranstaltungen gegen die Polizeimorde statt.

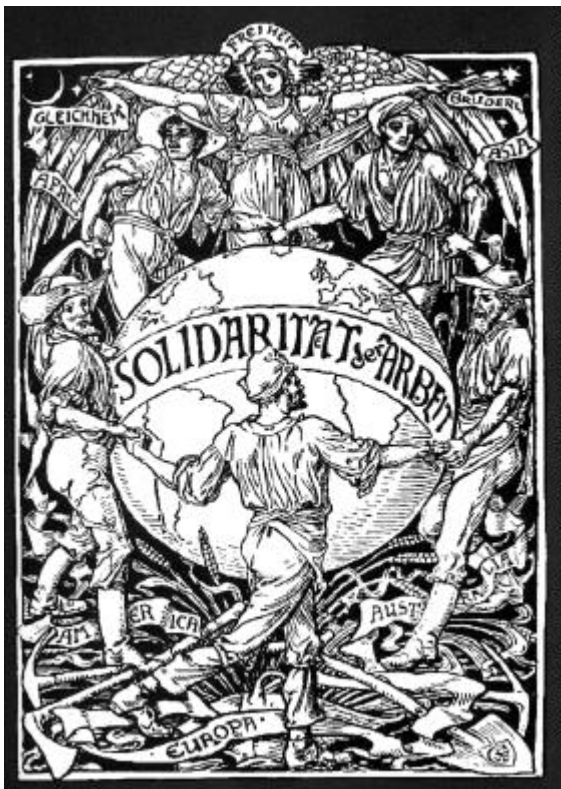
Eine Bombe fiel in die bereits sich auflösende Kundgebung. Es gab Tote und Verletzte. Acht Arbeiterfunktionäre wurden verhaftet. Der reaktionären Klassenjustiz gelang es nicht, den Angeklagten eine Schuld nachzuweisen. Die Person, die die Bombe geworfen hatte, ist bis heute unbekannt geblieben. Vier der Arbeiterfunktionäre wurden durch den Strang am 11. November 1887 hingerichtet. Zwei lebenslänglich eingesperrt. Einer fand den Tod in der Zelle.

Paris im Juli 1889

Das Paris des Jahres 1889 war Schauplatz der Festlichkeiten, die von der französischen Bourgeoisie zu Ehren des 100. Jahrestages der Französischen Revolution von 1789 veranstaltet wurde. Es war auch das Jahr der Weltausstellung. Diese Weltausstellung

diente in erster Linie dem Ruhm und der Ehre des Kapitalismus, wie der Historiker damals feststellte.

Gleichzeitig haben die französischen Sozialisten auf den 14. bis 20. Juli 1889 zum



★ Internationalen Arbeiterkongreß

nach Paris eingeladen.

Es war eine Einladung zur Festigung der Brüderlichkeit der Proletarier aller Länder.

★ Die Geburtsurkunde des 1. Mai

Am Nachmittag des letzten Tages des Pariser Kongresses brachte der französische Gewerkschaftsdelegierte Raymond Lavigne eine von den Delegierten August Bebel, Wilhelm Liebknecht, dem Österreicher Victor Adler, den Franzosen Edouard Vaillant und Paul Lafargue in vertraulicher Vorbesprechung erarbeiteten Resolution in den Kongreß mit folgendem Wortlaut ein

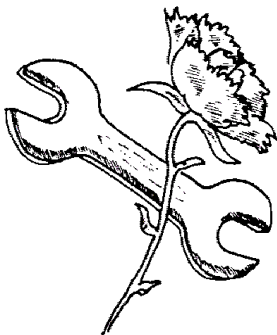
Internationale Kundgebung zum 1. Mai 1890

Der Kongreß beschließt:

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tag die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 in St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.



Einfügung

Es ist unmöglich, das alles zu beschreiben, was sich mit dem Beschluß von Paris am 20. Juli im Jahre 1889 auf dem Internationalen Arbeiterkongreß an politischen und internationalistischen Emotionen über die ganze Welt, unter allen organisierten Arbeitern und ihren Organisationen ereignet hat.

Weltweit in allen damals entwickelten Industrienationen, in der Frühgeschichte der Industrialisierung, haben die Proletarier aller Länder und ihre Organisationen den Pariser Beschluß befolgt, am 1. Mai 1890 für bessere Arbeitsbedingungen, für besseren Gesundheitsschutz und vor allem für den Achtstundentag kämpferisch einzutreten.

Wie beispielhaft war dieser globale Protesttag gegen die nationalen Bourgeoisien. Heute würde man gegen das globale Finanzkapital, oder gegen die fusionierten Multinationalen Konzerne, sagen.

Wie wichtig ist es, es gibt bescheidene Ansätze, über die nationalen Grenzen hinweg, wenigstens kontinentalbezogen, sich für die Demokratisierung für mehr Arbeiterrechte und für einheitliche Sozialstandarts im Sinne eines 1. Mai zu kämpfen.

Hat sich die deutsche, die internationale Arbeiterbewegung, gemessen an den Wurzeln des 1. Mai 1890, zurückentwickelt? Oder sind die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten und Finanzjongleure in den Banken so mächtig geworden?

Ist es heute nicht Zeit über eine neue globale Aussprache zur Verkürzung des Normalarbeitstages nachzudenken und zu fordern:

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tag die ArbeiterInnen an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf sechs Stunden festzusetzen.

Es ist keine unverschämte Forderung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, nach 110 Jahren angesichts der schnellen technologischen Entwicklung, die Forderung nach dem

6 Stundentag

in die internationale Diskussion einzubringen. Die Gewerkschaften aller Länder, die Sozialisten und die Kommunisten aller Länder sind aufgefordert, dieses Ziel anzustreben.



Als der Beschluß des Pariser Kongresses am 1. Mai 1890 verwirklicht wurde, sah Friedrich Engels darin ein Ereignis von epochaler Bedeutung.

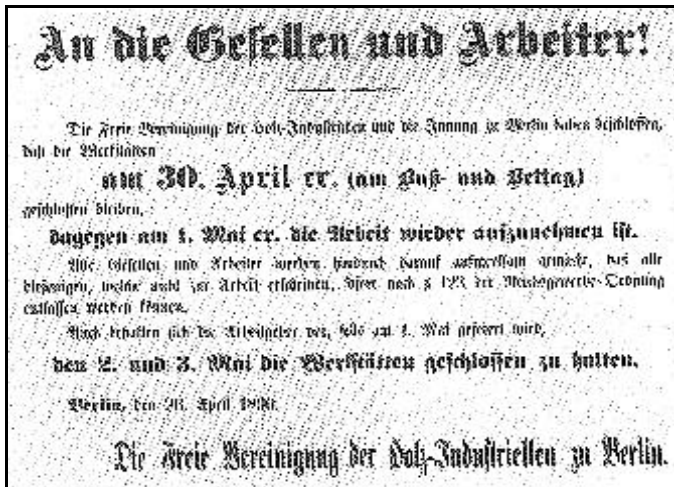
Zum ersten mal in ihrer Geschichte erlebte die Menschheit das Schauspiel, hob damals Paul Lafargue hervor, daß „die Proletarier der ganzen Welt in dem gleichen Gedanken geeint, von dem gleichen Willen bewegt, auch der gleichen Losung folgen, daß sie die Kräfte zu einer gemeinsamen, einheitlichen Aktion zusammenschließen.“

„Die Resolution zum 1. Mai“, stellte Friedrich Engels fest, „war die beste, die unser Kongreß annahm. Sie beweist unsere Macht in aller Welt, sie erneuert die Internationale besser als alle formalen Versuche zur Reorganisation.....“ Was ist heute?

Die Unternehmer drohen Sie mobilisieren zum Gegenangriff

Die Mehrzahl der kapitalistischen Unternehmer verstärkten damals ihren Widerstand gegen die sozialistische Arbeiterbewegung. Sie waren sich dabei der Unterstützung durch die Behörden, die Polizei und das Militär sicher.

Die Bildung der Unternehmerverbände die es heute noch gibt, geht auf ihre Gegenmaßnahmen gegen die Ziele der Pariser Beschlüsse von 1889 zurück. Die Unternehmer bildeten einen sog. Kampffond gegen die Arbeiterschaft.



★ Maßregelungen

Die Teilnahme einzelner Arbeiter am 1. Mai wurde mit der Entlassung bestraft. Fehlten in der Fabrik zwei Drittel der Arbeiter, wurde der ganze Betrieb geschlossen.

Entlassene Arbeiter, die wieder eingestellt wurden, erhielten nur den halben Lohn. Arbeiter, die wegen ihrer Teilnahme am 1. Mai entlassen wurden, kamen auf sog. „Schwarze Listen“, die die Unternehmer untereinander austauschten. Arbeit zu finden war für diesen Personenkreis nicht mehr möglich.

Mit diesen und mit zusätzlichen gesetzlichen Maßnahmen von Behörden und Polizei wollten die Kapitalisten die Ziele der Arbeiterschaft und ihr Eintreten dafür brechen.

★ Die Maifeier

Die Formen der Maifeiern waren sehr unterschiedlich.

Weil es bei Strafe verboten war, rote Fahnen mit sich zu führen, die Polizei stürzte sich in blindem Eifer auf alles was nur im entferntesten Ähnlichkeit damit hatte, wurde von den Arbeitern vielerorts noch in der Nacht vor dem 1. Mai an hohen Gebäuden, Schornsteinen, Bäumen oder Telegrafmasten und -drähten Fahnen und andere Hinweise auf ihren Arbeiterkampftag angebracht. Es waren ausgesprochene Massenspaziergänge, die ihren politischen Zweck nicht verfehlten.

Überall dort, wo die Maifeiern mit Arbeitsniederlegungen verbunden gewesen waren, setzten am 2. Mai die von den Unternehmern angekündigten Repressalien ein. Gezielte Massensperrungen ganzer Belegschaften, Arbeiter sollten Erklärungen unterschreiben, sich vom ihren Gewerkschaften zu trennen. Trotz alledem, der 1. Mai war ein fester Bestandteil der Arbeiter.



Der 1. Mai

Stationen in der Zeit von 1890 bis 1920

Mit dem großen Erfolg der internationalen Arbeiterbewegung -gegen den heftigen Widerstand der Fabrikherren- einen gemeinsamen Tag der Arbeit in allen Industrieländern der Welt umzusetzen, begann an der Schwelle zum 20. Jahrhundert ein beispielhafter Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und um den Ausbau demokratischer Rechte für die Industriearbeiter und ihrer Organisationen.

Das erste Jahrzehnt der Maifeiern und zugleich das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war gekennzeichnet von großen Massendemonstrationen und Auseinandersetzung für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Ursache des Kampfes um gesellschaftliche Mitbestimmung und mehr demokratische Rechte für die Arbeiterklasse ist im gesellschaftlichen Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital begründet. Dieser Hauptwiderspruch -übrigens, bis heute in das 21. Jahrhundert hinein noch nicht überwunden- ergibt sich aus dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln und den Millionen von Menschen, die in abhängiger Arbeit (Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital) sind.

Obwohl sich die Macht- und Herrschaftsverhältnisse bis heute nicht grundlegend verändert haben, zehren und schöpfen zugleich die politische Arbeiterschaft, ihre Organisationen und Parteien heute noch von dieser damaligen grandiosen historischen Leistung.

★ 1. Mai 1891

Beispielhaft waren die Massendemonstrationen in Österreich und Belgien.

In St. Petersburg trafen sich Mitglieder des sozialdemokratischen Zirkels zu einer illegalen Feier. Vorbereitung für den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft.

In der nordfranzösischen Industriestadt Fouries wurden am 1. Mai 1891 ArbeiterInnen und Kinder durch die Militärs, die in eine friedliche Demonstration schossen, ermordet.

Welch große Beachtung die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts dem Ersten Mai schenken, geht daraus hervor, daß von 1892 bis zum Ersten Weltkrieg 1914 kein Parteitag der Sozialdemokraten verging, auf dem nicht die Auswertung der vergangenen Maimanifestationen auf der Tagesordnung standen.

★ 1. Mai 1893

Zu der Forderung nach dem Achtstundentag kam die Forderung nach einer Wahlrechtsreform hinzu.

Beim Auszug der Wiener Arbeiter aus dem Prater nach Abschluß ihrer Maikundgebung erschallte es aus dem Zug der 150 000 Maidemonstranten: „Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.“

★ 1. Mai 1896

Der Gothaer Parteitag der Sozialdemokratie trug den Forderungen, nach dem Acht-

Reichs-Gesetzblatt.
No. 34.
Inhalt: Gesetz über die gemeindefreie Verwaltung der Kapitalverleiher. Vom 21. Oktober 1890.
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. erlassen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
§. 1.
Wer ein, welche hand (kapitalverleiher, kapitalgeber oder fremdenverleiher) betriebe von verleiher bei betriebsloser zeit...
§. 2.
Ein solches im falle des §. 1. Nr. 2. der 1890, betreffend die gemeindefreie Verwaltung...
§. 3.
In demselben, welche nach dem 1. April 1890...
1890.



Nach 12 jähriger Unterdrückung der Arbeiterklasse durch Kaiser Wilhelm und Bismarck ist auch 1890 das „Sozialistengesetz“ überwunden worden.

An die Abonnenten!
Wir werden einer Denkschrift bei der kgl. Polizeidirektion München wurde durch Beschluß des kgl. Polizeirichters...
Die Redaktion ersucht, weil die Verantwortlichkeit in den 3. Postillon "08 wurde nicht...
Wir bitten Sie daher bei der kgl. Polizeidirektion...
München, 25. April 1894.
Verlag des "Südd. Postillon" Dr. Gumbel.

Beschlagnahme der Maifestnummer 1894 durch die Polizei

stuntag, der Wahlrechtsreform nund nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen Rechnung.

Der Parteitag faßte den Beschluß: „.... die deutsche Sozialdemokratie begeht den 1. Mai als Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenanforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden....“

★ 1. Mai 1898

Das Massendemonstrationsverbot umgingen die Arbeiter vielfach dadurch, daß sie Massenspaziergänge veranstalteten. Denn Spaziergänge kann man nicht einfach verbieten.

„Ganz zufällig“ trafen dann verschiedene Gruppen aus verschiedenen Richtungen zu machtvollen Demonstration zusammen.

In dieser Zeit entstanden die unterschiedlichsten Mai-Symboliken. Rote Taschentücher, rot gefärbte Federn, Krawatten mit einer roten 8 als Achtstundentagsymbol. Rote Nelken, oft auch als Kunstblume, wurden zum Kauf angeboten. Erstmals zum

1.Mai 1912 wurde eine Messingnadel in Gestalt einer Doppelfahne mit dem Bildnis

August Bebel's in Breslau getragen.

Von den 1. Mai-Festen wurden spezielle Postkarten gegenseitig mit politischen Losungen und Forderungen verschickt. Es gab besondere Lieder und Gedichte zum 1. Mai.

★ 1. Mai 1900

„War das 19. Jahrhundert ein Jahrhundert der

Der Grenzbote

Heidenheimer Tageszeitung am 1. Mai 1900

Arbeitszeit der fuhrleute 85 Stundenwoche. Arbeitszeit im Durchschnitt Männer 58,5 Frauen 56,5 und die der Xylographen 47,8 Stundenwoche. Höchster Wochenlohn 60,,- Mark der Graveure. Niedrigste der Schuhmacher 8,,- Mark/Woche Wohnungsmiete in Stuttgart 299,,- Mark pro Jahr

Stationen der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

1956 von 48 auf 45 Stundenwoche verkürzt.

1959 von 45 auf 44 Wochenstunden verkürzt.

1962 von 44 auf 42,5 Wochenstunden verkürzt.

1964 von 42,5 auf 41,5Wochenstunden verkürzt.

1967 Einführung

der 40 Stundenwoche, des 8 Stundentag

1985 von 40 auf 38,5 Wochenstunden verkürzt.

1988 von 38,5 auf 37,5 Wochenstunden verkürzt.

1989 von 37,5 auf 37 Wochenstunden verkürzt.

1995 Einführung der 35 Stundenwoche.



Postkarte zum 1. Mai um 1907

Hoffnung gewesen, so muß das neue zu einem Jahrhundert der Erfüllung werden“

So schrieb Franz Mehring in seinem Buch

„Die Wende des Jahrhunderts“

Die kapitalistische Herr im Hause-Moral setzte sich zunehmend durch. Arbeiter wurden vermehrt ausgesperrt. Streiks nahmen zu. Streiks sollten mit Zuchthausstrafen bedroht

werden. Eine in den Reichstag eingebrachte sog. „Zuchthausvorlage“ mußte auf Druck der Volksmassen abgelehnt werden. Die Fabrikherren verstärkten den Druck mit sog. „Schwazen Listen“. Es war ein Informationssystem der Unternehmer, mit dem sie sog. „Aufwiegler“, „Agitatoren“ und „Hetzer“, also missliebige Beschäftigte verfolgten.

„Dem der auf der Liste steht ,
hilft kein Bitten und Gebet;
mögen Weib und Kind verhungern,
er muß durch die Lande lungern,
ohne Arbeit, ohne Geld,
weil es so den Herrn gefällt

Ein Spottgedicht, das damals die „Schwarze Listen-Moral“ der Unternehmer treffend bezeichnete.

★ **1. Mai 1905**

Ich, Unterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgendeiner Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das Schärfste verurteile, weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern säen und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft hervorrufen.

Ich erkläre, daß ich weder streike noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstützen werde, und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift.¹⁾

Bei Einstellungen oder um nicht entlassen zu werden, mußten die Arbeiter den Fabrikherren auf „Ehrenwort“ versichern, daß sie von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen wollen.

Obiger Text wurden den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt.

Das Jahr 1905 brachte die großen Wahlrechtsauseinandersetzungen, den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Auf dem 5. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands vom 22.-27. Mai 1905 in Köln kam es zu einer großen kontroversen Auseinandersetzung um den 1. Mai und den Massenstreik im Ruhrgebiet. Alle Anträge, den 1. Mai in seiner politischen Stoßrichtung zu entschärfen, wurden allesamt abgelehnt.

Auf dem SPD-Parteitag in Jena gab es eine entscheidende Auseinandersetzung um den 1. Mai. Opportunistische Kräfte in der SPD, ähnlich wie auf dem Gewerkschaftskongreß, die den Maifeiertag in seiner politischen Zielstellung entschärfen wollten, erlitten ebenso gewaltige Niederlagen.

★ **1. Mai 1906**

Einen Tag nach dem 1. Mai 1906 stellte das sozialdemokratische Parteiorgan „Vorwärts“ fest, dass die diesjährige Maikundgebung die größte und kämpferischste war, die die deutsche Arbeiterklasse bisher gesehen hatte. Ihren Verlauf bezeichnete das sozialdemokratische Zentralorgan als ein „Triumph des Maigedankens“, als eine „Urabstimmung“ der Massen selbst, dass sie sich ihren Feiertag nicht mehr nehmen lassen.

Kennzeichnend für die Maifeier 1906 war weiterhin die Forderung nach der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Schließlich war für den 1. Mai 1906 die besondere Schärfe der Klassenauseinanderset-



Titelblatt der Maifestzeitung 1906 der deutschen Sozialdemokratie



Maifeierpostkarte 1906

zung charakteristisch. Zum Kriegführen bezeichnete Kaiser Wilhelm II. in einem Brief an Reichskanzler Bülow das Jahr 1906 wegen den Sozialisten als äußerst ungünstig. „Erst die Sozialisten abschiessen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach aussen. Aber nicht vorher und nicht a tempo“. Wegen der Stärke der deutschen Arbeiterbewegung war ein Krieg, der vorbereitet wurde, noch nicht möglich.

Paris wurde z.B. 1906 durch einen Generalstreik, an dem sich mehr als 200 000 Arbeiter aus 2 385 Betrieben beteiligt hatten, völlig lahmgelegt. Am 3. Mai wurde dann über die französische Hauptstadt der Belagerungszustand verhängt. Erwähnenswert ist, dass 1907 auf dem Stuttgarter Kongress der II. Sozialistischen Internationale der Entwurf von August Bebel „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“ durch Zusatzanträge von Rosa Luxemburg zusammen mit W.I.Lenin und L.Martow, dergestalt verändert und beschlossen wurde, die drohende Kriegsgefahr (Erste Weltkrieg)

geschlossener zu bekämpfen. Trotzdem waren bereits auf diesem Kongress opportunistische Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie erkennbar.

Der 1. Mai bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Der 1. Maigedanke setzte sich immer weiter durch. Aber auch die damaligen Unternehmerverbände mobilisierten den Widerstand. Sie schlossen Kartellverträge ab, in denen

sie sich verpflichteten, in ihren Unternehmen keine Arbeiter zu beschäftigen, die an Streiks beteiligt waren. Demonstrationen am 1. Mai wurden immer häufiger mit dem Argument verboten, sie würden die öffentliche Sicherheit gefährden.

Der politische Schwerpunkt allerdings, verursacht durch gewaltige Monopolisierungsprozesse in der Industrie und im Bankwesen, verschob sich. Die politischen Inhalte der Maidemonstrationen beschäftigten sich immer mehr mit dem Thema Krieg oder Frieden.

Der Internationale Sozialistenkongress 1910 in Kopenhagen, der den Imperialismus und Militarismus verurteilte, beschloss, dass die sozialdemokratischen Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Auflage des Militarismus, Marinismus oder der Kolonialexpeditionen zu stimmen verpflichtet sind.

Bemerkenswert ist, dass der 1. Maigedanke nicht nur als eine gewerkschaftliche, sondern als eine gesellschaftspolitische, auch eine parteipolitische Bewegung, die alle Teile des Proletariats erfassen sollte,

verstanden wurde. In der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg gab es in der sozialdemokratischen Partei bedauerliche interne Auseinandersetzungen. Im Jahre 1914 gelang es den reformistischen und opportunistischen Kräften in der Diskussion um den 1. Mai die Oberhand zu gewinnen. Dadurch war auch die Widerstandskraft gegen den Krieg verloren.



Der 1. Mai im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg wurde von den Stahl- und Kohlebaronen, bei Krupp und Thyssen gemeinsam mit den kaisertreuen Nationalisten und Militaristen lange bevor er angezettelt wurde vorbereitet.

Mit der Zustimmung der Sozialdemokraten am 4. August 1914 im Reichstag war der Widerstand gegen die Kriegspolitik entgültig gebrochen. Nach den Worten des deutschen Kaisers gab es angeblich keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Der von den Fabrikbesitzern, den Militaristen und Nationalisten geforderte Burgfrieden zeigte seine Wirkung. „**Hoffentlich wird der ganze Maifeierrummel, -schrieb die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ am 28. Februar 1915- bei dieser Gelegenheit überhaupt ein für allemal begraben werden.**“ Die Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterklasse sind gegen die verbindlichen Beschlüsse der „Sozialistischen Internationale“ von den deutschen Sozialdemokraten gebrochen worden.

★ 1. Mai 1915

Dem entsprechend wurde zum 1. Mai 1915, der besonderen Verhältnisse wegen (Krieg), keine Maifeier organisiert, keine Maibeiträge erhoben, die Herausgabe der Maizeitung eingestellt und der Maifeierfond wurde statt dessen zum „Kriegsschatz“ für den „nationalen“ Kampf des deutschen Volkes pervertiert.

★ 1. Mai 1916

Die Not und das Elend unter den Arbeitern und Angestellten und ihren Familien war ins Unermessliche gestiegen. Während die Proletarier, Deutsche wie Franzosen, in den Vernichtungsschlachten bei Verdun massenweise zu Tode kamen, stiegen die Dividenden der Rüstungsaktionäre und die Gewinne der Rüstungskonzerne ins Unermessliche.

Zugleich wuchs die Sehnsucht nach Frieden. Es erstarkte die revolutionäre Friedensbewegung. Anfang 1916 stellten sich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (SPD) an die Spitze der Spartakusgruppe. Beide wurden zu den treibenden Kräften im Kampf gegen den Krieg. Im November 1916 wurde Karl Liebknecht zu zweieinhalb Jahre Zuchthaus verurteilt.

★ 1. Mai 1917

Mitte April senkte die Regierung die Brotrationen. Der sog. Burgfrieden fing an zu bröckeln. Die Aprilstreiks von 1917 waren deutliche Widerstandsaktionen gegen den Krieg. Zugleich wurde aber auch der Riss deutlich der durch die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ging. Die Kriegsgegner vereinigten sich. In der von der SPD abgespalteten und im April 1917 neu konstituierten USPD fanden sie in einer Partei, die im Wesentlichen von der Spartakusgruppe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, beeinflusst war, ihren politischen Aktionsradius.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft formulierte



zum 1. Mai 1917 die Mailosung: „Krieg dem Kriege!“ „Friede bedeutet Brot-Krieg bedeutet Hungersnot.“ Karl Liebknecht schrieb während seines Zuchthausaufenthalts bis 23.10.1918 für die „Spartakusbriefe.“

Der veröffentlichten Aufruf des Russischen Militärkomitees „An die Bürger Russlands“ am 25. Oktober 1917 dem Tag des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war ein mächtiger, welthistorische Schritt zum Frieden vorausgegangen.

Revolutionsjahr 1918 / 1919

Trotz verschärfter Militär- und Polizeisanktionen gegen die damalige Friedensbewegung folgten in den Großstädten tausende von Arbeitern dem Demonstrationsaufruf der

USPD. Die Januarstreiks von 1918 waren die größten Massenstreiks für den Frieden. Die Streikenden forderten die Presse-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit, das allgemeine Wahlrecht auch für Frauen, den Achtstundentag, das Tarifrecht, sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Streiks wurden mit aller Gewalt niedergeschlagen.

Mit der bewaffneten Erhebung der Kieler Matrosen am 3. November 1918 dem Beginn der Novemberrevolution war der Verlängerung des Krieges endgültig der Boden entzogen. Die Hohenzoller Monarchie war



Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräte
Die Forderung nach einer Rätedemokratie
Eine Demonstration vor der ersten Nationalversammlung

beseitigt und der Kaiser floh nach Holland.

Aus dem Spartakusbund und aus Teilen der USPD konstituierte sich vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Noske hatte den Oberbefehl der Regierungstruppen. Mit der zynischen Feststellung „Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“ wurde alles, was an neuem Aufbruch gegen die Kriegstreiber, für mehr wirtschaftliche Mitbestimmung und demokratische Rechte entwickelt war, niedergechossen.

Am Abend des 15. Januar 1919 fielen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in ihrem Quartier der Konterrevolution in die Hände und wurden bestialisch ermordet.

Vom bürgerlich-parlamentarischen System der Weimarer Republik zur faschistischen Diktatur

Was hat die Novemberrevolution erbracht? Die Dynastien waren beseitigt. Deutschland war nun Republik. Es galt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Frauen und Männer. Die Soldaten waren auseinandergelaufen und es schien, als sei der Militarismus überwunden. Die Arbeiter hatten den Achtstundentag erkämpft und die Gewerkschaften wurden als Tarifpartner anerkannt. Bei Lohnverhandlungen stand der einzelne Arbeiter nicht mehr allein gegen den ungleich wirtschaftlich und politisch mächtigeren Kapitalisten oder gar dem Unternehmerverband gegenüber. Das Gewicht der organisierten Arbeiterschaft konnte jetzt in die Waagschale geworfen werden.

Aber das was sich die Arbeiterschaft erkämpft hatte, wurde von den Monopolherren, den Fabrik- und Großgrundbesitzern sofort in Frage gestellt.

Die Generale waren geblieben. Der Großgrundbesitz blieb in den gleichen Händen, die

Fabrikbesitzer und Monopolisten, die Junker und Militaristen hatten ihre Macht behalten. Es war für sie gewiß, daß sie bei nächster Gelegenheit versuchen würden, ihre ganze Macht wieder zurückzuerobern.

Die Weimarer Republik war für sie allenfalls ein Kampfboden, ein Provisorium, eine Konzession, die es galt so schnell wie möglich wieder zurückzuerobern.

„Der Kaiser ging, doch seine Generäle blieben.“

Die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung, die schon vor dem Ersten Weltkrieg immer sichtbarer geworden war, führte in den ersten Jahren der Weimarer Republik zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen zwei Grundströmungen, den gemäßigten und opportunistischen Kräften in der Sozialdemokratie und den nach Vorne orientierenden sozialistischen und kommunistischen Kräften der linken SPD/USPD und der zum Jahreswechsel 1918/19 konstituierten KPD. Die pol. Zerrissenheit begünstigte die Restauration der reaktionären Kräfte in Verwaltung, Wirtschaft, Militär und Justiz. In der 1. Nationalversammlung wurde der **1. Mai 1919** nach heftigen Auseinandersetzungen nur vorübergehend zum gesetzlichen Feiertag erklärt. In einzelnen Länderregierungen wurde ab 1920 der 1. Mai behindert und auch aufgehoben.



★ **1. Mai 1920**

Alles drehte sich um die politische Zerschlagung der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution von 1918.

Noch vor dem 1. Mai 1920, er war in weiten Teilen Deutschlands kein Feiertag,



versuchten rechte Nationalisten und Militaristen wie z.B. Kapp (Bankdirektor), Krupp und Stinnes (Kohle-u. Stahlbarone) und Hugenberg (Pressezar) die noch unerfahrene Republik in die Vergangenheit zurück zu putschen. Am 13. März 1920 besetzten versprengte kaisertreue Militaristen das Regierungsviertel in Berlin und übernahmen die Regierungsgewalt. Nach einem Generalstreik von rund 12 Millionen christlicher, sozialistischer Arbeiter, Angestellter und Beamten brach der sog. Kapp Putsch am 17. März 1920 zusammen.

Trotz neuer politischer und sozialer Forderungen nach Sozialisierung der Grundstoffindustrie, stabilisierten sich nach erfolgreicher Abwehr des Putsches bürgerlich-kapitalistische Machtverhältnisse.



Abteilung der „Roten Ruhrarmee“

Zu allen Zeiten der Geschichtsschreibung wird von einem bestimmten Betrachtungsstandpunkt, einem Klassenstandpunkt aus die Geschichte beurteilt. Was unsere Urgroßväter wollten, ist heute noch lange nicht umgesetzt.

Rundgebung.
Arbeiter, Angestellte und Beamte!
 Der Generalstreik hat bisher den Erfolg gezeigt, daß die Kapp und Gumbert nicht sind. Damit ist aber der Kampf noch nicht beendet. Der Soldatenrat beherrscht noch die Straßen Berlins.
 Die von verschiedenen Seiten getriebene Reaktion, daß Polizei aus Überleitungsstellen der Gruppen nach Berlin zurückkehren soll, muß erst nach dem bisherigen Verhandlungsstand mit der verantwortlichen Regierung ausgeht.
 Zunächst sind alle unzureichenden Gruppen rufen zu erklären und zu sammeln.
 Die Hauptaufgabe der Gruppen muß es bleiben, daß sie die Zukunft jeder militärische Schritt ermöglicht ist.
 Die weitere entscheidende Mitteilung bei der Durchführung der Verhältnisse. Die Erfüllung dieser Forderungen haben wir zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen und unter Wahrung des öffentlichen Friedens.
 Jede Behauptung über die verantwortliche Regierung ist falsch.
 Jede Mitteilung darüber, dass wir in irgend welche Verbindung mit Kapp und Genossen getreten wären, ist unannehmbar. Alle haben von nun an jede Verbindung mit dem Unrechtsregime abgelehnt.
Der Generalstreik ist fortzusetzen
 bis unsere Forderungen erfüllt sind.
 Berlin, 10. März 1920.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Deutscher Beamtenbund.
 Vermeidet Verhandlungen und bewahrt die Ruhe!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Stuttgart, 10. März 1920
 In die Reichsbehörden und Innenministerien!
Die Reaktion hat zur Gegenrevolution ausgeholt!
 Diese Reichsbehörden haben heute den ersten Schritt gemacht, um die...
Im was geht's?
 Diese Reaktion hat heute den ersten Schritt gemacht, um die...
Eine sozialistische Republik!
 Das ist unser Ziel, das mit der Hilfe der gesamten Arbeiterklasse...
 Treue ein in die sozialistische Kampffront der Deutschen!
 Kampf unter revolutionärem Banner gegen die Reaktion!
 Treue den Sozialisten!
 Zeigt euch als Avantgarde des kämpfenden Proletariats!
 Treue überall in verwerflicher Weise! Euch ruft die Pflicht!
 Die Arbeiterklasse!
 Der Verband.

Die sog. goldenen Zwanziger

Die Zwanziger Jahre waren nur für wenige Deutsche golden. Die relative Stabilisierung der wirtschaftlichen, kapitalistischen Verhältnisse ging vor allem zu Lasten der arbeitenden Menschen.



Die Preise der neuen Woche In Milliarden Mark

Vollmilch, 1 Liter	280 Mark
Brot, grau	770 Mark
Gas, 1 Kubikmeter	210 Mark
Wasser, 1 Kubikmeter	210 Mark
Strom, 1 Kilowattstunde	210 Mark
	Auszug

In den Jahren ab 1922 bis in den Herbst 1923 galoppierte die Inflation. Was der Krieg den Arbeitern nicht nahm, nahm ihnen die Inflation.

Mit der Einführung der Rentenmark und mit gewaltigem Sozialabbau, mit Anleihen US-amerikanischem Kapital, kam die Wirtschaft Ende 1923 wieder in Gang.

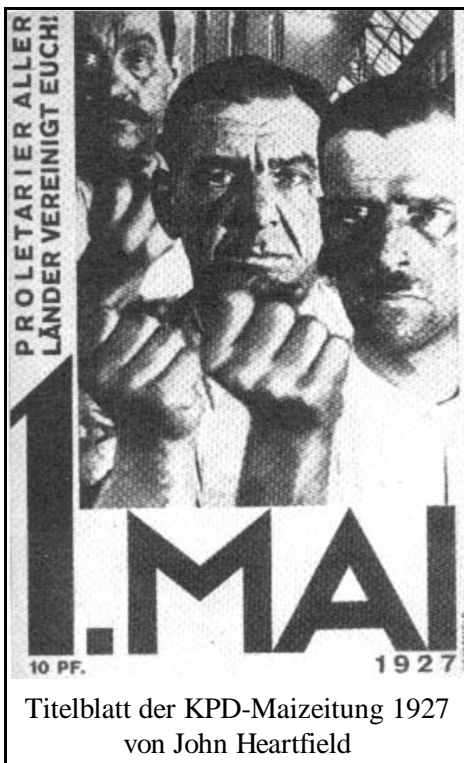
Die **1. Maifeiern und Maidemonstrationen** der Zwanziger Jahre waren Willensbekundungen für mehr soziale Gerechtigkeit. Doch es gelang der Arbeiterbewegung nicht, planmäßig und gezielt in die Machtstrukturen der Wirtschaft einzugreifen, um den Abbau ihrer sozialen Besitzstände zu verhindern.

Die Schwächung der Widerstandskraft lag an der Zersplitterung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. So z. B. versuchten die christlichen Gewerkschaften die Arbeiterinteressen einem abstrakten sog. Gemeinwohl unterzuordnen und lähmten damit den Widerstand gegen den Abbau sozialer Errungenschaften.

Abwehrstreiks und Maikundgebungen wurden im Wesentlichen von der noch jungen KPD organisiert und abgehalten.

Politisch und gewerkschaftlich geschwächt, sozial erniedrigt, das gab den Faschisten die Basis für ihre Agitation.

★ 1. Mai 1927



Titelblatt der KPD-Maizeitung 1927
von John Heartfield

Am 1. Mai 1927 trat das zuvor im Reichstag beschlossene „Arbeitszeitnotgesetz“, das den weiteren Abbau des Achtstundentags vorsah, in Kraft.

Während sich die Mitglieder der KPD und der SPD in den vergangenen Jahren zumeist getrennt versammelten, gab es in Berlin (700 000 Teilnehmer), in Stuttgart und anderen Orten gemeinsame Maikundgebungen.

★ 1. Mai 1928

Der 1. Mai 1928 war die bislang größte Maidemonstration in der Weimarer Republik.

In Berlin-Treptow fanden sich mehr als 500 000 Teilnehmer aus allen politischen Lagern zur Maidemonstration zusammen.

Erstmals gab es internationale Grußschreiben aus anderen Ländern.



Titelblatt „Der Kämpfer“
SPD Großberlin

In Ungarn und in der Türkei waren die Maikundgebungen verboten. In Warschau gab es auf die Maikundgebung einen Feuerüberfall. Es gab Tote und Verletzte.

1. Mai 1929 auch -Blutmai- genannt

Als 1929 die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland erfasste, begann die letzte Phase der Weimarer Republik. Dramatischer Sozialabbau, steigende Arbeitslosigkeit und Polizeistaatmethoden schafften den Faschisten für ihre Entwicklung die Ausgangsbasis. Nach Innen wurde jede Widerstandsbewegung mit Verboten kriminalisiert.

Während die sozialdemokratisch geführte Regierung die reaktionären Umtriebe der militärischen Kräfte und die der hitlerfaschistischen Bewegung duldete, verbot sie, um eine Verschmelzung von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern bei den 1. Maidemonstrationen zu verhindern, die von der KPD organisierten Maidemonstrationen. Rund 200 000 Menschen protestierten trotzdem in Berlin am 1. Mai 1929



Polizeiterrror gegen Teilnehmer einer von der KPD einberufenen Maidemonstration



In zahlreichen Städten gab es Protestdemonstrationen gegen den Polizeieinsatz

gegen die Kriegsvorbereitungen und gegen den aufkommenden Faschismus.

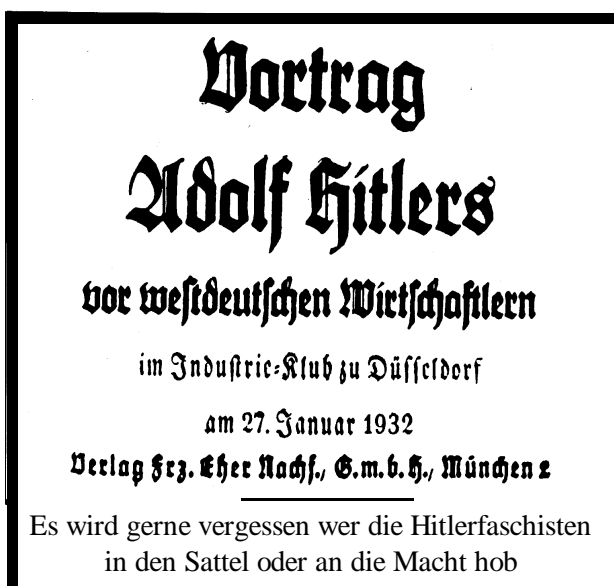
In der Wochenzeitschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft „Die Weltbühne“ schrieb Carl v. Ossietzky über die Bluttaten des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, der auf die Demonstrationsteilnehmer hat schießen lassen und forderte dessen Rücktritt. Der blutige Polizeiterrror am 1. Mai 1929 forderte 31 Menschenleben und hunderte von Verletzten.

Der 1. Mai 1930 bis 1933

Die Unternehmerverbände nutzten die Zerstrittenheit der Arbeiterschaft, ihrer Parteien und Gewerkschaften zu Repressalien gegen die Teilnehmer von Maidemonstrationen und Kundgebungen. Kundgebungsteilnehmer wurden fristlos entlassen. Die Faschisten unterstützten politisch und ideologisch die Unternehmerverbände.

Der Siegeszug der Faschisten begann mit der Reichstagswahl 1930. Aus industriellen Quellen begann für Faschisten reichlich Geld zu fließen.

Im Oktober 1931 trafen sich prominente Industrielle mit den Führern der neugebildeten „Harzburger Front“. Vor dem



Industrie-Club, der versammelten Führungsschicht der Wirtschaft hatte Hitler das Thema „Einsatz der geballten deutschen Kraft zur Erringung neuen Lebensraumes“



Antifaschistische Demonstration

Hitler und die Faschisten erhielten nun die offene moralische, politische und finanzielle Unterstützung.

Wirtschaftliche Macht ist auch politische Macht.

Die Hoffnung eines großen Teils der Arbeiterschaft nach einer sozialistischen Republik, wie es nicht nur die Kommunisten, sondern bereits 1920 auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband forderte, war zerschlagen.

Zunehmend zeichnete sich ab, dass die Kommunisten und die linken Sozialdemokraten zu den Haupttriebkraften gegen den Faschismus wurden. In verschiedenen Städten und Ortschaften wurden am 1. Mai 1932 Einheitsfrontkundgebungen durchgeführt.



Kommunistische Flugblätter zum 1. Mai 1932



„...nie war besudelter der 1 Mai!“

Der 1. Mai 1933 wurde von den Faschisten als „Tag der Nationalen Arbeit“ zum gesetzlichen Feiertag erklärt.

Voraussetzung der fachtistischen Politik im Interesse des Kapitals war die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Zerschlagung der Gewerkschaften und ihrer politischen Parteien.



Die Zerstörung der traditionsreichen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse zwang einen großen Teil der Gewerkschaftsmitglieder, der Mitglieder der SPD und KPD in den Untergrund. Ab der Machtübernahme der Faschisten am 30. Januar 1933 lebte der 1. Mai in illegalen kleinen Gruppen, in Zuchthäusern, Konzentrationslagern, und in der Emigration weiter.

Tausende von Arbeitern, Gewerkschaftlern, Politikern, Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern, Menschen anderer Religionen und anderer Herkunft, Sinti und Roma, waren froh, dass sie in anderen Ländern in Europa und Übersee Asyl bekamen.

Unterdrückung, Verfolgung und Todesgefahr konnten den Maifeiergedanken, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden sei, nicht vernichten.

Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaft lebte in der Gewissheit:

„Der 1. Mai kommt wieder.“

„Da sind die andern,
Hitlers Mordgardisten,
mit Fackeln, Feuerwerk und Blutgeschrei;
sie kostümierten sich als Sozialisten und stahlen
alles, selbst den Ersten Mai.

Sie können zwar den Armen
auch nicht helfen.
Drum macht man Volksgemeinschaft
mit Gedröhn.
Da dürfen sie als Lämmer mit den Wölfen
in bunter Zirkusluft zusammenstehn.

Hier wird als Freiheit
Knechtschaft angepriesen
und jeder Riß gefüllt mit Phrasenbrei.
Nie war Betrug infamer als bei diesen,
nie war besudelter der Erste Mai.

Erich Weinert
gedichtet 1935 im Exil in Paris.



Die Sturmabteilungen (SA) der Faschisten besetzten
am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser

Die Gewerkschaften wurden gleichgeschaltet. An die Stelle der Gewerkschaften setzte das NS-Regime die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF). Sie wurde am 10. Mai 1933 gegründet. Es war keine Gewerkschaft im Sinne einer Interessenvertretung für abhängig beschäftigte Arbeiter und Angestellte. Die DAF war der politische Handlan-



ger der Fachisten im Betrieb. Sie diente den Kriegsvorbereitungen.

Auch bei VOITH in Heidenheim wurde auf die neue „Zeitrechnung“, auf das „Tausendjährige Reich“ umgestellt.

Vorbereitung der NS-Gefolgschaft zur 1. Mai Feier bei VOITH.

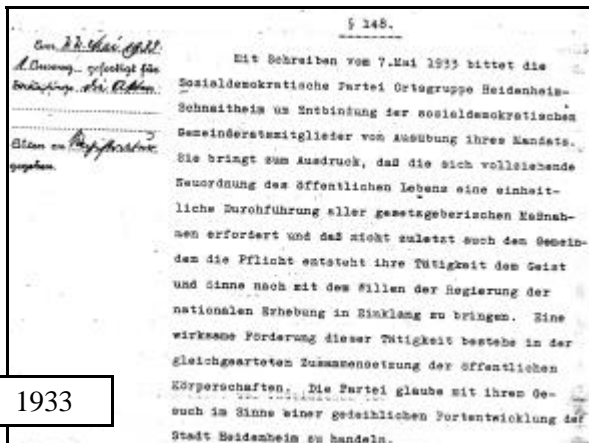


Die SPD - Gemeinderatsfraktion schloß sich der neuen Zeit an und stellt freiwillig ihre Gemeinderatsmandate den Faschisten in Heidenheim zur Verfügung.

Nach der Reichstagswahl

SPD-Fraktion des Gemeinderats bat um Entbindung von den Mandaten

Von zwölf Stadträten neun Nazis / Gleichschaltung im Landkreis



HZ-Sonderveröffentlichung 1983 Gemeinderatsprotokoll 1933

Febr. 1933.

Der Erfolg Gleichgültigkeit der Arbeiter ist Hitler zur Macht gekommen. Ihre Uneinigkeit hat ihm zum Sieg verholfen, die Arbeiter selbst werden die Folgen mit zu tragen haben.

Febr. 1933 durch Gleichgültigkeit der Arbeiter ist Hitler zur Macht gekommen. Ihre Uneinigkeit hat ihm zum Sieg verholfen, die Arbeiter selbst werden die Folgen mit zu tragen haben.

Ein anonym geschriebener Text auf der letzten Protokollseite des Arbeiterrats bei Voith in Heidenheim

STOCKHOLMS ARBETARKOMMUN und alle SOZIALISTISCHEN FLÜCHTLINGSGRUPPEN

veranstalten am 1. Mai 1943 um 7 Uhr abends im Medborgarhuset in Stockholm-Söder eine

INTERNATIONALE MAI-FEIER

PROGRAMM

1. Chorgesang durch L. M. Ericssons Gesangsverein »Microfon«
2. Beethoven: Coriolan-Ouvertüre. Am Piano: Prof. Wasservogel
3. Eröffnung durch den Vorsitzenden der Stockholmer Arbeiterkommune Sekretär Walter Aman
4. Phantasie über internationale Arbeiterlieder. Arrangiert und gespielt von Prof. Ernst Wasservogel
5. „Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten“ Vorlage einer Resolution durch W.Wy Brandt und kurze Ansprechen von Vertretern verschiedener Länder
6. Rezitation:
Hermann Greidl: Drei deutsche Gedichte
Gunnar Mortensen: Norwegische Gedichte
7. Gesang der Jugend
8. Internationale

Regiebeitrag 25 Öre.
Dieses Programm gilt gleichzeitig als Eintrittskarte

Bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Antihitlerkoalition am 8. Mai 1945 fanden die 1. Maifeiern illegal in Zuchthäusern und Konzentrationslagern statt.

Auch in anderen von den Faschisten überfallenen Ländern wurden illegale 1. Maifeiern abgehalten.

Aus der Geschichte lernen der 1. Mai ab 1945

Ist wirklich aus der Geschichte gelernt worden ?

Faschismus? Nach der gewaltigen kriegerischen Zerstörung des gesamten materiellen und kulturellen Lebens im ganzen Land.

★ **11. Juni 1945** Aufruf der KPD an das Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands. Konsequente demokratische Erneuerung von Wirtschaft u. Gesellschaft. Schaffung eines Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Als Gegenpart der NSDAP

SOZIALDEMOKRATEN! KOMMUNISTEN! HAMBURGS

Alle die aufhebung des Verbotes der Neubildung von Parteien sind die Sozialdemokratische Partei Hamburgs

Große Maikundgebung in Stuttgart

VERANSTALTET VON DEM WEITEN GEWERKSCHAFTSVERBUND UND DEN VIER ZUGELASSENEN POLITISCHEN PARTeien

Am 1. Mai 1946 - 10 Uhr - im Hof der Reichsbibliothek

ES SPRICHEN:

1. Herr Lorenzweiler **Fritz Ulrich** SPD
2. Herr Konrad **Henry Bernhard** vdr
3. Herr Arbeitsbilder **Rudolf Kohl** KPD
4. Herr Landwehr **Arthur Ketterer** CDU

DE KUNDGEBUNG WIRD UNTERSÜTZT VON **Massenchor der Brennerschen Chorvereingung** (Chorleiter: Kurt Beyer) und von **Musikverträgen eines Blas-Orchesters** (Leitung: Herr Beyer)

Das Maikomitee

Maikundgebung in Stuttgart 1946

★ In vielen Städten vorwiegend in größeren Industriestädten des befreiten Deutschland fanden von der SPD und der KPD gemeinsam organisierte Zusammenkünfte statt, mit dem Ziel die Parteien zu vereinigen. So erarbeiteten Vertreter der SPD und KPD von München im August 1945 ein gemeinsames Aktionsprogramm. In Frankfurt a.M. bildeten SPD und KPD einen gemeinsam Arbeitsausschuß.

★ Die Sozialdemokraten erklärten den Sozialismus zur Tagesaufgabe. Behinderten aber in den Westzonen die Zusammenführung beider Arbeiterparteien der KPD und der SPD zu einer einheitlichen gemeinsamen politischen Kraft.



In den „Kölner Leitsätzen“ vom Juni 1945 sprach die CDU vom „wahren christlichen Sozialismus“ Im September 1945 formulierte die CDU in Frankfurt: „Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage, und zwar in folgender Form : Wir erstreben die Überführung gewisser großer Urproduktionen, der Großindustrie und Großbanken in Gemeineigentum. Wir wollen ferner, dass die Wirtschaft im großen einheitlich und planvoll gelenkt werde...“

Das Ahlener Programm der CDU forderte die Entflechtung der Konzerne und die Vergesellschaftung der monopolartigen Unternehmen.



Was haben solche politische Grundsatzserklärungen mit dem 1. Mai zu tun?

Sie dokumentieren den Aufbruch nach der Befreiung vom Faschismus und dokumentieren den Willen aller gesellschaftlichen Kräfte, nach der totalen kriegerischen Zerstörung in ganz Europa, mit den Ursachen von Faschismus und Krieg Schluss zu machen.

Der 1. Mai sollte mit diesem Neubeginn eine neue historische Gelegenheit erhalten.

Mit einem Neubeginn wurde nichts.

Die gesellschaftlichen Macht- und Besitzverhältnisse restaurierten sich. Die bürgerliche Reaktion ging zum Angriff über. Die verurteilten Kriegsverbrecher kamen in ihre Fabriken zurück. Der Staatsapparat wurde von den Faschisten nicht befreit. In Staat und Gesellschaft, in der Ministerialbürokratie und in der Justiz etablierten sich die alten Faschisten. Als Eichmann in Israel zum Tode verurteilt wurde, nahm Globke im Kanzleramt bei Adenauer die Arbeit auf. Filbinger, der Nazi-Jurist wurde CDU Ministerpräsident in Baden Württemberg und Bundeskanzler Kiesinger wurde von der französischen Jüdin Beate Klarsfeld wegen seiner Nazi-Vergangenheit öffentlich gehohlet, um nur drei Beispiele herauszugreifen.



Ein Gewerkschafter entfernt das faschistische Hakenkreuz vom Gewerkschaftshaus

Mit der sog. Entnazifizierung wurde nichts Die Kleinen ja - die Großen ließ man laufen

Eine kleiner Ausflug in die VOITH-Geschichte soll den Beweis der oben erwähnten Behauptung liefern, dass nur die Kleinen zu einer sog. Entnazifizierung herangezogen bzw. unterzogen wurden.

Die von den Militärregierungen vor Ort ausgesuchten Betriebsräte, es gab 1946 noch kein Betriebsverfassungsgesetz, hatten damals den Spruchkammern vor Ort, personell von Kommunisten oder Sozialdemokraten besetzt, aus den Betrieben heraus zuzuarbeiten.

Vorsitzender der Spruchkammer war 1946 Herr Emil Martin (SPD)

Vorsitzender des VOITH-Betriebsrats war 1946 (Wahlen) Gottlob Wiedmann (SPD)

Vorsitzender des VOITH-Betriebsrats war 1947 (Wahlen) Paul Braun (KPD)

Bei VOITH wurde öffentlich gegen die Nazimitläufer und Parteimitglieder der NSDAP und anderen faschistischen Gliederungen öffentlich Anklage erhoben. An den betrieblichen Informationstafeln wurden die Namen von NS-Mitgliedern veröffentlicht und jeder konnte seine Anklage erheben.

Bekanntmachung des Betriebsrats.

Betr.: Spruchkammer - Arbeitstäbler.

Die Spruchkammer verlangt vom Betriebsrat Auskunft über die nachstehend aufgeführten Arbeiter und Angestellten unserer Firma. Der Betriebsrat wünscht, dass ihn die im Werk Beschäftigten bei seiner Arbeit unterstützen und bittet um zweckdienliche auf Tatsachen beruhende Angaben. Die Auskünfte sollen schriftlich und in Form einer eidesstattlichen Erklärung (innerhalb 24 Stunden) nach Aushang in Betriebsratszimmer abgegeben werden.

Heidenheim, den 15. September 1946

G. Wischniarski
Betriebsratsvorsitzender

Die Spruchkammer der Internierungslager
Der Vorsitzende

Gesch.-Zeichen: KAMM 1
In jedem Schreiben abstrahiert auf

An den Betriebsrat d. ...

Heidenheim, den 14.11.46
(Vorname)

An den Betriebsrat der Fa. J.H. Voith, Tauch-Hebr., Heidenheim

D i t h

Absender: Heidenheim | Drucksache
Spruchkammer
Der öffentliche Kläger

Adress-Zeichen: 22/1b 1

1. 454



① Ludwigsb. (Wttbg.), 9.2.1948

(ehem. Fromm-Kosern)

Telefon: Ludwigsb. 3667, 4362, 4723, 4862, 5202
Stuttgart 80243

Datum des Poststempels

Post. 16.2.48

Betriebsrat der Firma J.H. Voith

Heidenheim, den 7. Dezember 1946

Auf Grund der Angaben in Ihrem Meldebogen sind Sie von dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946 nicht betroffen.



Der öffentliche Kläger: *G. Wischniarski*

An die

Spruchkammer für den Landkreis Günzburg

(19) Günzburg

An der Kapuzinerstr. 2

Betr.: Politische Beurteilung des Bauer, Erwin.

Der 1. Mai in Westdeutschland nach 1945

Für Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit

Zum dritten Male nach dem furchtbarsten Kriege der Weltgeschichte begehrt das schaffende Volk den Tag des **1. Mai** als Weltfeiertag.

Der DGB als die berechnete Vertretung aller Schaffenden ruft alle, die guten Willen sind, auf, die Forderungen des DGB zu verwirklichen.

Wir fordern Frieden! Drei Jahre sind bereits nach dem Waffenstillstand vergangen. Zwar herrscht offiziell Waffenruhe, Frieden aber ist etwas anderes. Was wir wollen ist, daß endlich die Welt zur Ruhe kommt, daß alle Verdingungen gestoppt werden, damit noch das deutsche Volk die Leiden des Krieges aus eigener Kraft überwinden und die Wiederbelebung seines staatlichen und wirtschaftlichen Lebens vornehmen kann.

Wir fordern Freiheit! Freiheit für den Einzelnen = Freiheit für die Nation. Freiheit ist aber nur dort möglich, wo die Achtung vor dem Menschen das Handeln der Gewalten bestimmt. Die Freiheit der Nation aber bedingt, daß das Volk in souveräner Weise seine Geschichte bestimmt. Das deutsche Volk, getrennt in vier Zonen, aufgespalten in eine Unzahl von Ländern, sind nur durch seine Freiheit haben, wenn es in selbstgewählter Ordnung über alle Zonen hinweg die Einheit der deutschen Nation geschaffen hat.

Wir fordern Demokratie, weil die Schändlichkeit und grausamen Folgen der autoritären Systeme in Wirtschaft und Politik uns so überlegend vor Augen geführt wurden. Millionen von Toten, Krüppeln, Kranken und Sinner, Millionen von Heimatlosen, zerstörte Städte und Produktionsanlagen, Zerstörung des Handels und die Verbindung zur internationalen Welt, das sind die Ergebnisse des antidemokratischen Staates und der Wirtschaftsführung. Wir wenden uns gegen jede Art von autoritärer Staatsführung, die die demokratischen Rechte mißachtet.

Wir fordern soziale Gerechtigkeit! Die Gewerkschaften sind Mäxter einer neuen sozialen Ordnung geworden, das bedingt, daß in allen Fragen des staatlichen und wirtschaftlichen Wohraufbaus die Gewerkschaften als die Vertretung des schaffenden Menschen mit eingeschaltet werden. Die neue soziale Ordnung bedingt aber auch, daß eine vollkommen neue Ordnung in unserer Wirtschaft Platz greifen muß.

Wir fordern die Überführung der Schlüsselindustrien in die Hände des Volkes, Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte, Neuordnung der Sozialgesetzgebung und des Arbeits- und Tarifrechts, Kontrolle der gesamten Erzeugung und der gesamten Erzeugung in den legalen Handel, eine wirkliche Wohnungsfürsorge, besonders in unserem zerstörten Gebiete, eine allgemeine bessere Zuteilung von Lebensmitteln u. Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern, Jugend- und Frauenschutz sowie gleichen Lohn für gleiche Leistung. Wir fordern gleiches Recht für alle, wir fordern unser Recht als Wirtschaftsbürger.

Für alle diese Forderungen demonstrieren wir am 1. Mai und mit uns die gesamte Arbeitnehmerschaft der ganzen Welt. Dedaß soll dieser 1. Mai ein Bekanntnis sein für die Gewerkschaftsvereine und die Einheit Deutschlands.

Es geht um eine bessere Zukunft, für internationale Völkerverständigung, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreuzausdruck Düren - Jülich

Hoevel, Druckerei, 27 D 31005, Düren - 6318003, 4. 48. 81. C

Antifaschisten und Demokraten hatten schon in der ersten Stunde nach dem Sieg über den Faschismus begonnen, das Erbe der Arbeiterbewegung zu einem lebendigen Bestandteil der neuen Gesellschaftsordnung zu machen.

Auch Maidemonstrationen wurden von Anfang an durchgeführt. Die massenhafte Beteiligung der Bevölkerung ließ erkennen, dass ein großer Teil der Menschen an einer Neuordnung der Gesellschaft interessiert war.

Der 1. Mai als Kampftag mußte nach dem Sieg über den Faschismus und nach der nicht erreichten oder verhinderten Neuordnung der Gesellschaft als Instrument des Klassenkampfes neu erobert werden.

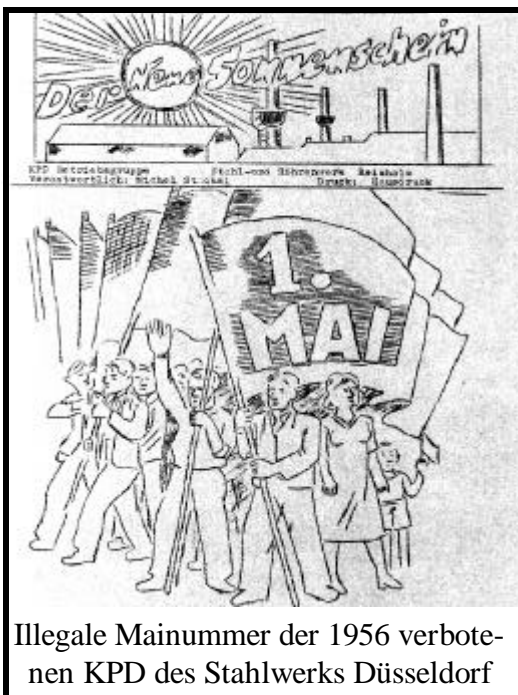


Die Gründung der Einzelgewerkschaften, die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ihre Aktions- und Kampfmöglichkeiten hingen wesentlich von den alliierten Siegermächten ab. Eine wichtige und zugleich auch historische Errungenschaft war die



Aufruf des DGB zum 1. Mai 1952. Der Zweite Weltkrieg war noch nicht vergessen, da dachte die CDU unter Adenauer bereits wieder an militärische Aufrüstung. Die Sozialismusvorstellungen sind vergessen. Die Aufrüstung richtete sich nun wieder gegen die Sowjetunion. Gegen den Willen der Arbeiter und Angestellten wurde ein Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet, das ihren Interessen in keinsten Weise gerecht wurde.

Konstituierung der Einheitsgewerkschaft. Ein Zusammenschluss von Arbeitern und Angestellten, ein Bündnis, in dem die Antifaschisten, die Christen und Marxisten, in dem



Illegale Mainummer der 1956 verbotenen KPD des Stahlwerks Düsseldorf

die unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Strömungen unter der Einheit und der parteipolitischen Unabhängigkeit gegen Krieg und Faschismus, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten sollen.

Noch sind die Schmerzen, die den Kommunisten in den faschistischen Konzentrationslagern zugefügt wurden, nicht vergessen. Aktive Mitglieder der KPD mussten bereits, nach dem die KPD 1956 wieder verboten wurde, in die Gefängnisse der Adenaueradministration. Die KPD war wieder in der Illegalität.

Mit der Konstituierung der DKP am 25.09.1968 gab es in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine kommunistische Partei.



Die sog. 68iger Bewegung, ein Aufbäumen gegen die verkrustete Nachkriegspolitik der CDU- Adenauers für mehr

demokratische Rechte, für Mitbestimmung, gegen die Notstandsgesetze, den Krieg in Vietnam, gegen die brutale Aussperrung der Arbeiter bei Streiks, Kampf dem Atomtod, Solidarität mit Chile, gegen die Pinochet-Diktatur, belebte auch die 1. Maikundgebungen und Maidemonstrationen der Gewerkschaften.

Bis etwa 1980 hatten die Maikundgebungen in ihren Zielstellungen sowohl nach Innen wie auch nach Aussen eine politische wie auch



internationalistische Ausstrahlung.

Die Streiks 1949 und 1954 in Bayern, 1951 in Hessen, um die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle 1956/57 in Schleswig-Holstein beantworteten die Unternehmer mit brutalen Gegenmaßnahmen. Mit der Aussperrung.

Diese Errungenschaft will uns der ehemalige BDI-Präsident und VOITH-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Michael Rogowski wieder nehmen. Gemäß seinem Ruf nach „FREIHEIT“ für Unternehmerinteressen verlangt er die totale Selbstfinanzierung der sozialen Sicherung der Arbeiter und Angestellten und eine Arbeitszeit nach seinen Produktionsinteressen.

Ein 16-wöchiger Arbeitskampf sicherte den Arbeitern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle.



Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für eine 5-Tage-Woche zu 40 Stunden, mehr Lebensqualität und höhere Einkommen waren 1954 zu den Maikundgebungen zentrale gewerkschaftliche Zielstellungen. Erst 1967 wurde das Ziel erreicht.

und der Einschüchterungsversuche der Unternehmer begannen die Gewerkschaften ihre Positionen zu bestimmen. Im Mai-Aufruf des DGB zum 1. Mai 1962 kam dies deutlich zum Ausdruck.

★ 1. Mai 1962

„Auch an diesem 1. Mai erheben wir erneut unsere Forderung auf fortschreitende Demokratisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, auf Verwirklichung einer gerech-

„Millionen sind stärker als Millionäre“

Diese Streik- und Mailosung, die der ehemalige Bezirksleiter der IG Metall und KZ-Häftling im Konzentrationslager Buchenwald Willi Bleicher in seiner Zeit in den Kämpfen der Arbeiter und Angestellten für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen immer wieder herausgestellt hatte, ist heute noch richtig und trifft die gegenwärtige politische und ideologische Lage immer noch im Kern.

Abrüstung und Völkerfriede

Ungeachtet der Maßhalteappelle bei Gewerkschaftsforderungen von der Politik

Wo stehen wir heute?

Von einer demokratisierten Wirtschaft weit entfernt.

(siehe Betriebsverfassungsgesetz)

Eine gerechte Sozialordnung wird mit

Füßen getreten

(siehe Renten-

und Krankenversicherung)

Die Selbstbestimmung der Völker wird ignoriert.

(siehe die Interessenskriege auf dem Balkan, dem Irak und die Lügenpolitik der Regierungskoalition von und mit CDU/SPD/Bündnis'90 die Grünen und FDP)

ten Sozialordnung, auf Selbstbestimmung der Völker und auf Sicherung von Frieden und Freiheit.“

Die Mai-Losungen des DGB wurden immer mehr und immer öfter zu allgemein, zu unkonkret formuliert.

Die Losung **1965** „Wichtiger ist der Mensch“ wurde sicherlich den inneren sozialen Forderungen gerecht. Der Mensch im Mittelpunkt, wer will das nicht. Erstmals in der Geschichte des 1. Mai konzentrierten sich die Forderungen des DGB auf reine innenpolitische, sozialpolitische und tarifpolitische Forderungen. Fünftagewoche bei acht Stunden Arbeit, mehr Urlaub, Herabsetzung des Rentenalters und zusätzlicher Bildungsurlaub. Forderungen, die sich im wesentlichen an reinen nationalen Produktivitätsfortschritten orientierten. Die DGB-Gewerkschaften standen damals im Widerspruch zu den Forderungen des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) der viel stärker einen internationalen Feldzug gegen Hunger, Krankheit, Diskriminierung und gegen das Wettrüsten auf der Welt geführt hätte.



1. Mai 1968

Der Vietnam-Krieg und der Kampf gegen die Notstandsgesetze hatte seine Spuren hinterlassen.

Der 1. Mai 1968 stand im Zeichen einer tiefgreifenden Unruhe. Demokratie lebt von der Bewegung. Demokratie ist keine Schlafdroge - Demokratie ist eine dauernde Herausforderung. So war die Stimmungslage der Maikundgebungen 1968. Die junge Generation der Studenten hatte berechnete Anliegen. Sie stritten gegen eine verschleppte Hochschulreform. Sie brachten ihr Entsetzen gegen den Vietnam-Krieg und ihre Furcht vor den Notstandsgesetzen zum Ausdruck. Sie kämpften gegen die gewaltige Pressekonzentration. Um die öffentliche Meinung für sich zu mobilisieren gingen sie auf die Straße und nutzten das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit.



1. Mai 1973 Mitbestimmung bleibt Forderung Nummer 1

Der DGB forderte weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer. Er forderte die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht durch Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt. Der DGB war sich im klaren, dass solche Forderungen nur durchsetzbar werden können, wenn sich die arbeitenden Menschen und die lernende Jugend auf ihre eigene und auf die ganze Kraft ihrer Organisationen besinnen würden.



1. Mai 1974

Solidarität mit dem Volk von Chile

Mit der Unidad Popular Chiles, dem Bündnis der linken und demokratischen Kräfte, verbanden sich große Hoffnungen der Arbeiterbewegung nicht nur in Chile. Mit gewaltiger finanzieller Unterstützung der USA und des US-Geheimdienstes putschte der



1. Mai-Plakat des DGB 1962



Die Mehrheit der Gewerkschafter beziehen Stellung gegen die Notstandsgesetze.





Maiplakette 1974

nen und Mitbürgern muss zusammen mit der 1. Mai Tradition herausgestellt werden. Lasst uns alle an der internationalistischen und gewerkschaftlichen Verpflichtung,

der Vereinigung der Proletarier aller Länder, festhalten.

Die beiden Lieder, das Einheitsfrontlied und das Solidaritätslied, die Texte

von Bertold Brecht, die Melodie von Eisler, symbolisieren die Gemeinsamkeit der Interessen aller abhängig Beschäftigten auf der ganzen Welt. Der 1. Mai muß dieser Bedeutung wieder gerechter werden.

Einheitsfrontlied



1. Und weil der Mensch ein Mensch ist, /
sehr. / Es macht ihn ein Geschwätz nicht
Drum links, zwei, drei / Drum links, zu



Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen solidarisch am 1. Mai 1974 auch für mehr demokratische Rechte in ihren Heimatländern



Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) veröffentlichte zum

1. Mai 1976

einen Aufruf und stellte dazu fest:



..... dass Arbeitslosigkeit keine „Naturkatastrophe“, sondern von Menschen verschuldet sei und von Menschen überwunden werden könne. Sie

sei das Symptom einer

weltweiten Krankheit und Auswirkung

eines Wirtschaftssystems, das bisher nirgends den Wünschen und Forderungen der Arbeitnehmerschaft entspräche. Die Jugendarbeitslosigkeit wird zum Gradmesser des „Sozialstaates“.

1. Mai 1978



Das Recht auf Arbeit, die Sicherung der Arbeitsplätze, der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, die 35-Stundenwoche zwang die Gewerkschaften zu konsequentem Auftreten. Die Unternehmenseite versuchte,



durch eine ständige Einschränkung der Koalitionsfreiheit auf allen Ebenen, die Gewerkschaften an der Ausübung ihres demokratischen Grundrechts zu hindern.

Das ganze Jahr über, jedoch besonders am 1. Mai, forderten daher die Gewerkschaften die Verteidigung ihrer demokratischen Grundrechte, um ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben erfüllen zu können. Die Gewerkschaften forderten das Verbot der Aussperrung.



Machtvolle Demonstration 1971 in Stuttgart, Transparent aus Heidenheim

Der 1. Mai und die Kultur

Es ist nicht neu, dass am 1. Mai künstlerische Darbietungen die Maifeiern begleitet haben.

Songs- und Theatergruppen traten auf. Musikkapellen und Spielmannszüge sorgten für die musikalische Begleitung der Demonstrationen und Arbeiterfeste.

Von den Veranstaltern wurde immer darauf geachtet aus den eigenen Reihen die Kulturschaffenden zu suchen. Es waren also Laiengruppen aus Betrieben und örtlichen Kultureinrichtungen.

Schließlich war der 1. Mai Kampftag und Feiertag zugleich.

Der 1. Mai bis heute

Neben den 1. Maifeiern waren die Arbeitskämpfe der Metallarbeiter in den letzten 10 bis 20 Jahren weit stärker vom Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital gekennzeichnet.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit 1984 auf 35 Wochenstunden, die dann in Stufen 1995 erreicht wurde, war eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, bei der alle „Spielarten“ des Klassenkampfes, insbesondere die ungerechtfertigte Aussperrung, von den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern durchlebt wurden.

Die gegensätzliche Interessenlage zwischen Arbeit und Kapital erlebten auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Region bei dem Arbeitskampf gegen die Firma PROGAMMA in Gerstetten. Mit unverhältnismäßig große Polizeieinsatz gegen die knapp 30 Beschäftigten wurden Hundertschaften von Polizeikräften aus dem ganzen



Maiplakat 1978 Holzschnitt

von HAP Grieshaber geb. 1909, verst. 1981 auf der Achalm
HAP Grieshaber bekam 1968 den Kulturpreis des DGB.
Er war u.A. Mitglied der Akademie der Künste der DDR
und Träger verschiedener internationaler Kulturpreise.
HAP Grieshabers Lebensgefährtin war die heidenheimer
Schriftstellerin und Lyrikerin Mararete Hannsmann



Land nach Gerstetten verfrachtet. Nicht nur Polizei wurde angekarrt, auch Streikbrecher wurden von dem späteren Konkurs-Boss Röhlich gegen die streikenden



Techniker, gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter des Autordiaherstellers eingesetzt. Nicht die Streikbrecher, sondern Metalller wurden von der Polizei festgenommen. Gegen verschiedene Gewerkschafter wurden Strafbefehle wegen Nötigung, weil sie den Streikenden Unterstützung gewährten, zugestellt.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai und eine Vielzahl von Widerstandsaktionen dokumentieren den Weg der Arbeiter und Angestellten im Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Ganz bewusst ist von mir auch auf andere gewerkschaftliche und politische Widerstandsaktionen und historische Gegebenheiten hingewiesen und zurückgegriffen worden. Mit diesen gegebenenfalls auch zeitlichen vom 1. Mai abweichenden Tatsachen wurde von mir das Ziel verfolgt, auf die Breite der gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen hinzuweisen.

Es waren immer Auseinandersetzungen gegen diejenigen die im Besitz der Produktionsmittel sind. In ihren Arbeitgeberverbänden sind sie streng organisiert. In den Industrie- und Handelskammern herrscht Zwangsmitgliedschaft. Ihre Ideologie ist nicht auf Mitbestimmung ausgerichtet. Ihre Besitzverhältnisse lassen sie die Herren im Hause spielen. Die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften dokumentieren die gesellschaftlichen Widersprüche. Daher bleibt es nach wie vor die einzige Möglichkeit, sich als abhängig Beschäftigter, ob Schlosser oder Maschinenarbeiter, ob Ingenieur oder wissenschaftlicher Assistent oder als High-Tech-Mensch der IT-Branche, sich in den Gewerkschaften zu organisieren. Einer Einheitsgewerkschaft, in der im Bündnis alle weltanschaulichen Strömungen organisiert sein können. Diese Einheitsgewerkschaft gilt es heute, wie nach ihrer Konstituierung nach der Befreiung vom Faschismus 1945, zu hüten wie den eigenen Augapfel, wie Hans Böckler der 1. DGB Vorsitzende nach 1945 formuliert hatte. Die Geschichte des 1. Mai ist nicht zu Ende geschrieben. Es fehlt an neueren Dokumenten. In meiner eigenen Rückschau stelle ich fest, dass der 1. Mai in seiner historischen Bedeutung verloren hat. Er darf nicht von bürgerlichen, von neoliberalen, politischen Parteien zur Darstellung ihrer selbst umfunktioniert werden. Der 1. Mai gehört den Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung, er muss seinem Ursprung nach als Widerstandstag gegen den Kapitalismus im eigenen Land, heute als weltweiter Widerstandstag gegen die imperialistische Globalisierung des Kapitals gesehen werden. Geben wir also den 1. Mai seinem Ursprung zurück.

Bedanken möchte ich mich bei Kolleginnen und Kollegen, die zu dieser Ausarbeitung die Anregung gegeben haben.

Bedanken möchte ich mich auch bei Karlheinz Herzel, der mir geholfen hat, meine Tipp-, Schreib- und Kommafehler zu minimieren. Wir alle sind keine Profis. Aber unser Herz sitzt links, auf der Seite der abhängig Beschäftigten.

Die vorliegende Ausarbeitung ist als eine persönliche Handreichung und nur zur persönlichen Verwendung gedacht. Es ist keine wissenschaftliche Arbeit. Die Zusammenstellung soll der Diskussion und der internen Aussprache dienen.

Auf folgende Literatur habe ich zurückgegriffen:

Dieter Fricke: Kleine Geschichte des 1. Mai; Udo Achten: Illustrierte Geschichte des 1. Mai; Jubiläumsband 100 Jahre Industriegewerkschaft; Deppe, Müller, Pickshaus Schleifstein: Einheitsgewerkschaft; Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Deppe, Fülberth, Harrer u.a. Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

1) DMV-Handbuch 1905, Stuttg. 1906. Seite 71 u. 294

Notizen, Fragen und Anregungen:

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen
Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.



Ich möchte

mehr Infos über die DKP

Name, Vorname

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen

Kontakt zur DKP in meiner Nähe

Straße, Hausnummer

Mitglied der DKP werden

PLZ, Ort

Einsenden an: DKP Heidenheim

Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06

Fax: (07321) 92 42 06

E-Mail: reinhard.pueschel@web.de

Informationen an DKP Infoständen und bei den DKP Stdträten

Reinhard Püschel und Wilhelm Benz

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:



BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

Um unsere Meinung und um unsere Politik in Heidenheim bekannt zu machen, organisieren wir Infostände im Zentrum unserer Stadt. Mit unserer Betriebszeitung TURBINE bei VOITH und der Stadtzeitung BLICKPUNKT in die Briefkästen verschiedener Wohngebieten, halten wir Kontakt zur Bevölkerung. Diese Arbeit wird von unseren Mitgliedern selbst organisiert und auch finanziert.

Das sind unsere einzigsten Sponsoren. Finanzieren Sie mit. Eine Spende hilft.

Spendenkonto der DKP Heidenheim

Kreissparkasse Heidenheim Konto Nr. 413 903 (BLZ 632 500 30)